

Bericht über die Entwicklung in POLEN
im letzten Quartal 1959

<u>I. Politische Ereignisse</u>	Seite : 1
1) <u>Die Herbstkrise in Polen</u>	1
Der Fall OCHAB	3
Die Stalinisten in der Führung	3
Keine Änderung in der Landwirtschaft und der Kulturpolitik	4
Trotz Kräfteverschiebung: weiter eigener Weg	5
Die neuen Maßnahmen	6
2) <u>Die Wirtschaft</u> (allgemeine Probleme)	9
3) <u>Landwirtschaft</u>	10
4) <u>Kulturpolitik</u>	11
<u>II. Polen und das Ausland</u>	14

- - - - -

I. Politische Ereignisse

1) Die Herbstkrise in Polen

Im Herbst 1959 erlebte Polen eine neue Krise. Ausgelöst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, die zu einem Zusammenbruch in der Versorgung beispielsweise mit Fleisch führten, kam es auch zu politischen Zuspitzungen, denen die Vereinigte Arbeiterpartei nur mit einer völligen Umstellung ihres Apparates Herr zu werden glaubte.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Sowjets das Politbüro der Vereinigten Arbeiterpartei veranlaßten, schnelle Maßnahmen durchzuführen, weil gerade Moskau in der gegenwärtigen Situation keine neuen Zusammenstöße in einem Satellitenstaat brauchen konnte.

Für eine solche Intervention der Sowjets gibt es ein Indiz. Der Sowjetbotschafter ABRASIMOW griff offen in innerpolnische Vorgänge ein, als er in Warschau eine Pressekonferenz gab, in der er die polnische Kulturpolitik einer scharfen Kritik unterzog. Es war dies das erste Mal seit dem polnischen Oktober im Jahre 1956, daß ein Sowjetfunktionär in Polen Kritik an der Entwicklung des Landes übte. ABRASIMOW wandte sich auf der Pressekonferenz dagegen, daß man in Polen die Kultur der Sowjetunion, vor allem aber die Richtung des "sozialistischen Realismus" in Kunst und Literatur abfällig beurteile und schmähe, während man in Begeisterung ausbreche, wenn etwa ein "dekadenter westlicher Künstler" in Polen eine Ausstellung veranstalte. In der Pressekonferenz traten indes die polnischen Journalisten gegen die These des Botschafters auf, die später in den Artikeln vorsichtig als "übertrieben" bezeichnet wurden.

Dennoch ist dieser Vorfall bedeutsam. ABRASIMOW galt bisher als ein Botschafter des guten Willens, der sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern im Amt stets taktvoll benommen hatte und allesvermied, was den Anschein erweckte, die Sowjets würden sich in innerpolnische Vorgänge einmischen. Niemand kennt zwar die Hintergründe, die den Repräsentanten der UdSSR in Warschau zu seinem befremdlichen Schritt veranlaßt hatten, aber es nimmt nicht Wunder, daß man alle Maßnahmen GOMULKAs im Zusammenhang mit der Herbstkrise nun ebenfalls auf sowjetische Intervention zurückzuführen suchte.

Zumal GOMULKA bei der Umgruppierung seines Apparates einige Stalinisten rehabilitierte und wieder in den Vordergrund rückte, gewann diese These an Glaubwürdigkeit für die polnische Öffentlichkeit, wovon Eingeweihte gerade diesen Schachzug des polnischen Parteichefs als besonders geschickt bezeichnen, um ein stärkeres Eingreifen der Sowjets abzulenken.

Die Maßnahmen, die das Politbüro der Vereinigten Arbeiterpartei im einzelnen ergriff, betrafen zunächst, d.h. im Oktober, nur die Personalpolitik. Aber aufgrund der personalpolitischen Umstellungen wurden dann in den folgenden Monaten auch Kursänderungen auf einzelnen Gebieten sichtbar, die ein Erkennen der Krisenherde möglich machen. Diese liegen vor allem in der Wirtschaftspolitik, in der Planung, in der Finanzpolitik und in der Versorgung.

Hier nun ein Überblick über diese Entwicklung:

- + Am 17. Oktober tagte das ZK in Abwesenheit von Edvard Ochab, der zurzeit in den USA weilte. Es werden Fragen der Wirtschaftspolitik und der Personalpolitik sowie einer Umstellung in der Kulturpolitik beraten. Einzelheiten bleiben geheim.

- + Am 28. Oktober gibt die Regierung bekannt, das Edvard OCHAB seinen Posten als Landwirtschaftsminister und Wladyslaw BIENKOWSKI seinen Posten als Minister für das Schulwesen und Kulturfragen verloren hätte. Gleichzeitig wird die Ernennung von folgenden neuen Regierungsgliedern bekanntgegeben:
Edvard SZYR und Julian TOKARSKI wurden als stellvertretende Ministerpräsidenten berufen;
Mieczyslaw JAGIELSKI erhielt das Landwirtschaftsressort;
Waclaw TULODZIECKI wurde Minister für das Schulwesen und Kultur,
Tadeusz GEDE übernahm den Posten des stellvertretenden Planungschefs;
Wladyslaw WITASZEWSKI avanciert zum stellvertretenden Chef der militärischen Abwehr.

- + Auch die Partei stellt ihre Spitze um:
Edvard OCHAB wird zum Sekretär des Zentralkomitees berufen;
Jerzy MORAWSKI verliert seine Ämter als ZK-Sekretär für Kultur- und Pressepolitik;
Julian HOCHFELD wird als Leiter des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Vereinigten Arbeiterpartei abgesetzt.

Diese Umbesetzungen müssen, um die Hintergründe deutlich zu machen, kommentiert werden.

Der Fall OCHAB

Die Abberufung OCHABs wurde in der westlichen Presse sensationell kommentiert und als Sturz dargestellt. Den Kommentatoren dienten als Anhaltspunkt für diese Behauptung einige Tatsachen, die nicht von der Hand zu weisen sind. OCHAB steht bei den Sowjets nicht in gutem Ruf, er machte durch seinen selbstlosen Rücktritt im Jahre 1956 den Weg für GOMULKA frei und sorgte als Landwirtschaftsminister dafür, daß gerade auf diesem Sektor die Errungenschaften des Oktober fast vollständig erhalten blieben.

Dennoch neigen alle politischen Kreise in Warschau dazu, die Abberufung OCHABs und seine Wiederernennung als ZK-Sekretär als eine Stärkung seiner Macht auszulegen. Es ist klar, daß der Parteiapparat auch im heutigen Polen noch über dem Regierungsapparat steht. Ein ZK-Sekretär hat in einem kommunistischen Staat mehr Einfluß als ein Minister. So ist nach Meinung dieser polnischen Kreise die Versetzung OCHABs in sein neues Amt eine Stärkung des antistalinistischen Flügels in der Parteispitze, die GOMULKA durchführte, um ein Gegengewicht gegen die neu in Funktionen berufenen Stalinisten zu schaffen, mit denen er einige konkrete Probleme lösen will.

Tatsächlich gibt es für einen Machtzuwachs OCHABs auch noch ein Indiz: Nach seiner Berufung erschien in den zentralen Parteiblättern sein Bild in sehr großem Format, was bei der kommunistischen Presselenkung immer eine besondere Auszeichnung bedeutet. Als Landwirtschaftsminister waren OCHAB solche Bilder in dieser Größe nicht gewidmet worden.

Die Berufung Edvard OCHABs zum ZK-Sekretär, die in Moskau zweifellos keine Begeisterung hervorgerufen haben dürfte, erweist sich so als ein Schachzug GOMULKAs, der der Sicherung einer gewissen Eigenständigkeit dient.

Die Stalinisten in der Führung

Aus anderem Holz sind die neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten SZYR und TOKARSKI geschnitten. Diese Männer sind alte Stalinisten, die vor dem Oktober bloße Befehlsausführer der Sowjets waren. SZYR begleitete bis zum polnischen Oktober das Amt des Planungschefs. Er vor allem war dafür verantwortlich, daß die alte Planung durch die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie solche Verschiebungen in der Volkswirtschaft hervorbrachte, daß von einer geordneten Wirtschaft nicht mehr gesprochen werden konnte. Alle Wirtschaftskrisen heute sind mehr oder weniger Folgen dieser verfehlten Planung. Wenn SZYR dennoch berufen wurde, so sprechen zumindest diese Tatsachen nicht für ihn. Aber GOMULKA hatte wohl einen anderen Grund

SZYR hatte es bei all seinen Planungsfehlern verstanden, eine straffe Ordnung in seinen Wirtschaftsapparaten einzuführen, auf die gestützt er alle Wendungen der damaligen Politik schnell und reibungslos durchsetzen konnte. Offensichtlich spekuliert GOMULKA auf diese Fähigkeit, wenn er SZYR beruft, um in die durch Disziplinlosigkeit, Unordnung und Verwirrung geratene Industrie des Landes wieder System zu bringen und die Produktivkräfte so zu erhöhen, daß die Versorgung der Bevölkerung gesichert bleibt.

Auch TOKARSKI ist ein stalinistischer Wirtschaftsfunktionär mit ähnlichen Qualitäten, die er vor dem polnischen Oktober in der Schwerindustrie praktizierte.

Beide Männer sollen, zusammen mit Tadeusz GEDE, die in Verwirrung geratene Planung der industriellen Entwicklung in Ordnung bringen und auf dem gesamten Sektor der polnischen Industrie eine straffe Ordnung einführen.

Auch der neue stellvertretende Chef der militärischen Abwehr, WITASZEWSKI, ist Stalinist. Seine Berufung steht mit der Flucht des Spitzenfunktionärs der Abwehr, Pawel MONAT, in Verbindung, die im Sommer 1959 große Verwirrung in der polnischen Armee hervorrief. MONATs Flucht machte eine Reorganisierung der Militärabwehr notwendig, bei der es dann zu einer antisemitischen Aktivität kam, da man MONAT als Juden des Kosmopolitismus bezichtigte und eine Reihe seiner früheren Mitarbeiter aus ähnlichen Gründen in die Wüste schickte. WITASZEWSKI, ein alter Abwehrspezialist, ist schon in der Zeit vor dem Oktober als Antisemit hervorgetreten und kam wahrscheinlich auf dieser in der militärischen Abwehr spürbaren Welle zu Amt und Würden.

Keine Änderungen in der Landwirtschaft und der Kulturpolitik

Während in der Planung und der Industrieführung sowie in der militärischen Abwehr durch die Berufung alter Stalinisten eine Verschärfung des Kurses vorbereitet wurde, machte die Neubesetzung anderer Ämter deutlich, daß eine Wandlung in der Landwirtschaftspolitik sowie in der Presse- und Kulturpolitik nicht geplant ist.

MORAWSKI, der im Zentralkomitee seine Ämter als Verantwortlicher für Kultur und Presse einbüßte, galt als liberaler Mann des Oktober. Aber dadurch, daß seine Funktionen künftig von OCHAB mit wahrgenommen werden, wird es hier kaum eine Verschärfung geben.

Die gleiche Tendenz wird auch aus der Neubesetzung des Ministeriums für Kultur- und Schulfragen ersichtlich. Der abgelöste BIENKOWSKI als Oktober-Mann fand einen Nachfolger, der ebenfalls als einer der "Liberalen" bekannt ist. Der neue Minister TULODZIECKI ist in der stalinistischen Zeit überhaupt nicht hervorgetreten, sondern übte ein untergeordnetes Amt im Schulwesen aus. Das ist nicht verwunderlich, denn bis zur Zwangsvereinigung der polnischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten war er seit 1922 demokratischer Sozialist. Nach dem Oktober-Umschwung wurde er in den Vorstand des polnischen Gewerkschaftsbundes berufen, von wo aus er jetzt in die Regierung überwechselte. Es gibt in Warschau keine Stimme, die ihm irgend etwas vorwirft, das er im stalinistischen oder sowjetischen Sinne gegen sein eigenes Volk getan hätte. Vielmehr achtet man ihn in breiten Kreisen der Bevölkerung wie der Partei.

Der neue Landwirtschaftsminister JAGIELSKI gehört zu den jungen Männern des Oktober. Er ist erst 35 Jahre alt und gilt als ein ausgesprochener Fachmann auf dem Gebiet der Landwirtschaft, was man von OCHAB nicht gerade behaupten konnte. Auch von ihm ist es nicht anzunehmen, daß er an dem bisherigen Kurs in der Landwirtschaft etwas ändern wird.

Trotz Kräfteverschiebung: Weiter eigener Weg

Die Berufung einer Reihe von Stalinisten und absolut Sowjethörigen darf jedoch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß GOMULKA damit aufgehört hätte, seine eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Er braucht in einer Reihe von Ressorts "harte Männer", mit denen er wirtschaftliche- und politische Krisenherde ausräumen will. Aber indem er dabei auf Männer des alten Regimes zurückgreift, stärkt er gleichzeitig jene Kräfte, die im polnischen Volk als Repräsentanten des eigenen Kurses angesehen werden.

Überdies hat die Einmischung ABRASIMOWs gezeigt, daß GOMULKA gerade auf diesem Gebiet sehr empfindlich ist. Vor vielen Parteifunktionären des Zentralkomitees soll er nämlich zu der Pressekonferenz des Botschafters gesagt haben: "Das geht ihm überhaupt nichts an." Die Nachricht von einer Verstimmung GOMULKAs über die Einmischung ABRASIMOWs machte in Warschau schnell die Runde und wurde als Beweis dafür gewertet, daß GOMULKA auch gegenüber Moskau noch die Zähne zeigen kann, wenn der sowjetische Partner die Bahnen verläßt, die ihm durch gegenseitige Absprachen im Oktober 1956 gesteckt worden sind.

Gestützt auf all diese Veränderungen konnte GOMULKA daran gehen, Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu treffen.

Die neuen Maßnahmen

Die Linie zu neuen, strengeren Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft zur Überwindung der Krise war grundsätzlich bereits auf dem 3. Plenum im Oktober ausgearbeitet worden. Das Zentralkomitee hatte dabei folgenden Thesen, die hier stichwortartig wiedergegeben werden sollen, zugestimmt:

- + Die bisherige Dezentralisierung der Wirtschaft, besonders aber auf dem Gebiet der Industrie, des Verkehrs und des Handels ging zu weit.
- + Zentrale Instanzen der Wirtschafts- und Finanzkontrolle müssen gestärkt werden, damit sie in allen Fällen des Vorstosses gegen den Plan, die Finanzrichtlinien und die Disziplin sofort durchgreifen können.
- + Die Befugnisse der staatlichen Plankommission sind zu erweitern.

Mit diesen Maßnahmen sollen vor allem die Überschreitungen der Lohnfonds verhindert werden, die in vielen Betrieben ohne Rücksicht auf die Produktivitätsergebnisse erfolgen, obwohl die Gesetze vorschreiben, daß Lohnerhöhungen in einer bestimmten Relation zur Produktivität stehen müssen. In Warschauer Wirtschaftskreisen sieht man in der Disziplinlosigkeit gerade auf diesem Sektor einen der Gründe dafür, warum sich der Zloty auf dem Innenmarkt immer mehr entwertet. Der Geldumlauf soll also in einer Relation zum wahren Angebot bleiben, das zurzeit vorhanden ist, das ist zwar wenig, aber man will den allgemeinen Warenmangel nicht noch durch eine Inflation verschärfen.

Außerdem sollen die mit größeren Vollmachten ausgestatteten Zentralbehörden verhindern, daß Werke ihren Plan dadurch zu erfüllen suchen, daß sie sich auf Sortimentsverlegen, die dafür gerade günstig sind, aber nicht den Notwendigkeiten des Allgemeinverbrauches und der vorgesehenen Investitionen entsprechen.

Alle diese Erwägungen des Zentralkomitees fanden dann ihren Niederschlag in den Beratungen und Beschlüssen des polnischen Parlamentes, des Sejm, wo entsprechend der Anweisung des Zentralkomitees Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet und verabschiedet wurden. Die Sitzungsperiode des Parlamentes, die am 25. November begann, hatte diese Frage als Hauptpunkt auf der Tagesordnung.

Ministerpräsident CYRANKIEWICZ begründete die Vorlagen, wobei er hervorhob, daß nicht geplant sei, die entwickelten Formen der - wie er sagte - "Sozialistischen Demokratie" abzubauen. Nur sei die Dezentralisierung in der Wirtschaftsleitung zu weit gegangen, so daß man einen Mittelweg finden müsse. Die erste Gefahr, der übersteigerte Zentralismus, sei überwunden, jetzt gelte es, die zweite Gefahr, das Auseinanderbrechen der Planung und einer einheitlichen Volkswirtschaft zu beseitigen.

CYRANKIEWICZ gab zu, daß das Planungssystem, das nach dem Oktober geschaffen worden sei, viele Mängel aufweise und mit die Schuld an der kritischen Wirtschafts- und Versorgungslage trage. Die Regierung habe die Kontrolle über viele Vorgänge innerhalb der Volkswirtschaft verloren:

"Man muß dem entsprechend wieder die zentrale Lenkung und Planung, die staatliche- und gesellschaftliche Kontrolle verstärken.

Wir werden jedoch die Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung und Kontrolle sicherstellen."

Der Ministerpräsident beschwor das Parlament, nicht zu glauben, daß dies eine Abkehr von der Politik sei, die Polen sich gewählt habe, sondern das diese Maßnahmen im Endeffekt gerade diese Politik fundieren würden. Es handele sich bei den Maßnahmen, die von der Vereinigten Arbeiterpartei vorgeschlagen seien, nicht um neue Prinzipien, sondern um neue Mittel, mit denen man die alten Prinzipien verwirklichen wolle.

Unter den Gesetzen, die neben der Verstärkung der Rolle verschiedener Zentralbehörden vorgelegt wurden, befindet sich ein Gesetz über die regionale Zusammenfassung von verschiedenen Betrieben gleicher Branche, die als Bindeglied zwischen den einzelnen Betrieben und den zentralen Wirtschaftsbehörden dienen sollen. Solche Vereinigungen sind in anderen Volksdemokratien so in der SBZ, bereits vor einiger Zeit geschaffen worden. Hauptaufgabe der Leitungen dieser Vereinigungen ist es, die Arbeiter dieser Betriebe zu koordinieren, eine Finanzkontrolle auszuüben, die Rohstoffbelieferung zu verbessern und den Betrieben Hilfe bei Schwierigkeiten angedeihen zu lassen. Die Vereinigungen sollen sicherstellen, daß die Betriebe im Jahre 1960 ihre Produktion um 7,4 % erhöhen, ohne größere Lohnsummen dabei aufzuwenden. Mehr Lohn soll erst dann ausgeschüttet werden, wenn die Produktionssteigerung über 7,4 % steigt. Dies wird damit begründet, daß die Steigerung der industriellen Produktion im Jahre 1959, die 9 % betrug, Lohnerhöhungen um insgesamt 10 % der alten Lohnsumme zur Folge hatte, was eine eindeutige inflationistische Tendenz darstellt.

Als weitere Maßnahme wurde die Justiz angewiesen, auch gerichtlich gegen Verstöße vorzugehen, die sich gegen die Plandisziplin und gegen die finanziellen Richtlinien wenden. Wie inzwischen bekannt wurde, wird das auch an rückliegenden Fällen praktiziert, allerdings unter Wahrung der Prozeßordnung. Die Staatsanwaltschaften haben Anweisung, in all jenen Fällen Revision einzulegen, in denen solche Verstöße mit einem Freispruch ausgegangen sind, was im vergangenen Jahre eine weitgehend geübte Praxis der Gerichte war, die das Gesetz sehr weitherzig auslegten.

Schließlich hat die Regierung auf Anweisung des Zentralkomitees damit begonnen, Richtlinien auszuarbeiten, um die Normen zu überprüfen. Tatsächlich sind die Arbeitsnormen in den meisten Betrieben überaltert und zum Teil seit 1956 nicht mehr überprüft worden. Inzwischen haben aber technische und organisatorische Verbesserungen stattgefunden, so daß die vorhandenen Normen bis zu 300 % übererfüllt werden, und das ohne größere Schwierigkeiten. Da Normenüberbietung progressive Lohnzuschläge auslösen, führte das in vielen Fällen zu einer objektiven Überbezahlung. Eine Regulierung der Normen ist deshalb ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, ohne dessen Erfüllung eine wirtschaftliche Sanierung Polens unmöglich ist.

Das Zentralkomitee hat sehr genau erkannt, daß die Normenfrage eine der gefährlichsten Fragen ist, die sehr leicht zu Unruhen, ja zu Aufständen führen kann, wie das im Ostblock bereits mehrfach der Fall war. Deswegen hat das ZK angeordnet, mit äußerster Vorsicht an diese Sache heranzugehen, die schrittweise im Zeitlauf von zwei Jahren erledigt werden soll. Vor dem Parlament erklärte der stellvertretende Ministerpräsident JAROSZEWICZ, es gebe keine mechanische Lösung dieser komplizierten Frage auf administrativen Wege. Die Regelung müsse in jedem Produktionszweig, ja vielleicht sogar in jedem einzelnen Betrieb nach den dortigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfolgen, (was nebenbei auch bei der Aushandlung der den Normen entsprechenden Akkordsätzen in den privatwirtschaftlichen Betrieben geschieht). Im Jahre 1960 werde man nur an solche Betriebe herangehen, in denen die Normen am rückständigsten seien, wo also die Überschreitung um 200 und mehr Prozent an der Tagesordnung sei.

2) Die Wirtschaft (allgemeine Probleme)

Der Planungschef der polnischen Regierung, Stefan JEDRYCHOWSKI, sprach am 11. Dezember vor dem Aktiv der polnischen Selbstverwaltung, das ist eine Delegiertenversammlung von solchen Funktionären, die in den Arbeiterräten tätig sind. Sinn seines Referates war es, die Aufgaben des nächsten Wirtschaftsjahres, also des Jahres 1960/61 klarzulegen.

Im Mittelpunkt der Ausführungen JEDRYCHOWSKIs stand die Frage der Produktivitätssteigerung, die für Polen eine Lebensfrage ist.

Zunächst ist eine allgemeine Produktivitätssteigerung notwendig, weil beginnend mit diesem Jahre die geburtsschwachen Jahrgänge in die Produktion einrücken, wodurch ein Rückgang der Arbeitskräfte einsetzen wird, der sich wahrscheinlich über ein knappes Jahrzehnt erstreckt. Bereits 1960 hört die Zunahme an Arbeitskräften, die bisher noch jährlich zu verzeichnen war fast völlig auf. Die logische Folgerung wäre, daß die Gesamtproduktion durch diese Entwicklung stagniert oder sogar zurückgeht. Schon um dieses zu verhindern, müssen Produktivitätserhöhungen durchgesetzt werden. Im Jahre 1960 müsse die Produktivitätssteigerung mindestens 7 % betragen.

Auch JEDRYCHOWSKI betonte, daß diese 7 %-ige Produktivitätssteigerung ohne Erhöhung der Lohnfonds durchgesetzt werden müsse. Seine Begründung lautet, daß in den letzten Jahren die Löhne schneller gestiegen seien, als die Produktivität und zwar im Verhältnis 51:30,5 %.

Die Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1959 war auf den meisten Sektoren unbefriedigend, aber es gab einige Wirtschaftszweige, in denen Erfolge erzielt werden konnten. So gelang es dem Bergbau, 2 Mio. to über den Plan zu fördern und die Gesamtförderung auf 99 Mio to zu bringen. Aber auch die Arbeitsproduktivität der Bergleute erhöhte sich um 53 kg pro Mann und Schicht. Allerdings haben sich die Produktionskosten in den letzten 3 1/2 Jahren um rund 40 % erhöht.

Im Jahre 1960 will der polnische Bergbau, der sich in der Hauptsache auf Schlesien stützt, erstmalig die 100 Mio to Grenze überschreiten.

3) Landwirtschaft

Im letzten Quartal 1959 stagnierte die Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft weiter. Nach Feststellungen, die zum Jahresausklang getroffen wurden, liegt sie nach wie vor bei rund 240.000 ha, das sind nicht viel mehr als nach der Auflösung der Kolchosen im Jahre 1956. Diese Fläche entspricht etwa 1 % der gesamten Nutzfläche. Das einzige, was sich gegenüber früher geändert hat, ist der Umstand, daß die Kolchosen jetzt in ihren Hektarerträgen an die Erträge der Einzelbauern herankommen. Allerdings liegen sie in der Viehzucht noch immer weit hinter den Privatwirtschaften zurück.

Größere Bedeutung haben demgegenüber die Staatsgüter, die immerhin 11,1 % der Nutzfläche bewirtschaften. Auch die Staatsgüter konnten 1959 ihre Hektarerträge steigern, sie liegen aber noch um etwa 1 Zentner unter denen der Privatwirtschaften. Da der Abstand vor drei Jahren noch 6 Zentner betrug, kann man das als einen Erfolg bezeichnen.

Die polnischen Landwirtschaftsbehörden, die seit Jahren einen verzweifelten Kampf gegen die Verlustwirtschaften auf den Staatsgütern führen, hoffen im Jahre 1960 erstmalig, im Durchschnitt aller Staatsgüter ohne Verlust abschneiden zu können. Insgesamt muß man aber nach ihrer Berechnung noch 15 Milliarden Zloty investieren, um sie in der Mechanisierung und Modernisierung so auszugestalten, daß sie hohe Gewinne abwerfen. Die ersten Investitionen in Höhe von 1 Milliarde Zloty sollen noch im Jahre 1960 getätigt werden, die restlichen Summen müssen bis 1970 aufgebracht werden.

Insgesamt sollen in der nächsten Zeit noch 3000 Privatbauernwirtschaften gebildet werden. Soviel Land hat die Regierung dazu noch zur Verfügung, und sie bietet einen Bauernhof für rund 250.000 Zloty zum Kauf an. Die Käufer müssen 10 % der Kaufsumme in Bar entrichten, den Rest in Raten, deren 1. Rate nach drei Jahren fällig wird. Zahlungsziel ist ein Termin, der 20 Jahre nach dem Kaufabschluß liegt. In dieser Zeit erhalten die Käufer auch noch Steuererleichterungen, so daß günstige Voraussetzungen bestehen.

Ärger erregt in Landwirtschaftskreisen, das bestimmte, vom Regime geförderte Personengruppen wesentlich größere Vergünstigungen erhalten. Diese Vergünstigungen gehen soweit, daß der Käufer nur 30 % der 250.000 Zloty insgesamt zu entrichten hat. Die Auffassung, die weitgehend vertreten wird, ist die,

man solle einen einheitlichen Durchschnittspreis festsetzen, der die Chance für solche Anwärter auch erhöht, die unter den jetzigen Bedingungen nicht über die genügenden Mittel verfügen.

Der größte Teil der zum Verkauf stehenden Höfe befindet sich in den polnischen Westgebieten, die früher zu Deutschland gehörten.

Zur Gewinnung der bäuerlichen Bevölkerung versucht das GOMULKA-Regime, die Tätigkeit der Bauernpartei, einer Satellitenpartei der Kommunisten, zu aktivieren. Die Mehrheit der Polen (53,6 %), die noch auf dem Lande wohnt, ist nach Ansicht der polnischen Kommunisten über diese Bauernpartei besser anzusprechen als durch die Vereinigte Arbeiterpartei direkt.

GOMULKA hat im Gegensatz zu den Stalinisten die Bauernpartei stets nach außen hin sehr zuvorkommend behandelt und so den Eindruck zu erwecken versucht, als sei sie eine souveräne Partei. Das findet z.B. seinen Ausdruck darin, daß in der Leitung in der Bauernpartei in der Mehrzahl solche Männer und Frauen sind, die unter dem Stalinismus verfolgt wurden. So gelang es der Bauernpartei, auf dem Lande einen gewissen Einfluß zu gewinnen, der von der Vereinigten Arbeiterpartei dazu ausgenutzt wird, ihre Agrarpläne propagieren zu lassen. Das Ansehen der Bauernpartei wurde durch einen Kongreß aufgewertet, der in den letzten Tagen des November und den ersten Tagen des Dezember des Jahres 1959 stattfand. In den Resolutionen dieses Kongresses bezeichnet sich diese Partei erstmalig als "Regierungspartei" in Polen, deren Tätigkeit sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt und die mit den Interessen und dem Wohl der Gesamtnation verbunden sei.

4) Kulturpolitik

Das hervorstechendste Ereignis in der Kulturpolitik war der Warschauer Kongreß der polnischen Schriftsteller, der vom 3. bis 5. Dezember 1959 stattfand. Die Partei versuchte auf diesem Kongreß, den starken Individualismus und den Freiheitsdrang vieler polnischer Schriftsteller einzudämmen. Sie schickte eine ganze Garde von Rednern vor, die für die Unterwerfung der Literatur unter die Partei und sogar zum Teil für die alleinige Gültigkeit des "Sozialistischen Realismus" plädierten. Hauptscharfmacher in dieser Richtung war der orthodoxe Parteischriftsteller und Literaturkritiker StefaŹOKIEWSKI, dem der Parteischriftsteller HOLUJ nicht nachstand.

Die parteiantlichen Kommentare, die anlässlich des Schriftstellerkongresses in den Organen der Vereinigten Arbeiterpartei veröffentlicht wurden, gaben dieser Richtung unter den Schriftstellern Schützenhilfe, waren aber zurückhaltender. So schrieb "Polityka" in Nr. 50, die Schriftsteller müssten endlich mit dem "Politischen Absentismus" schlußmachen und sich in ihren Werken stärker für den Aufbau des kommunistischen Regimes in Polen einsetzen. Auch "Trybuna Ludu", das Zentralorgan der polnischen Kommunisten, begrüßte den Schriftstellerkongreß mit dieser Forderung.

Unter dem Druck dieser von der Partei organisierten Maßnahmen wurde der bekannte und geachtete Schriftsteller Antoni SLONIMSKI, der seit dem polnischen Oktober dem Schriftstellerverband vorstand und ein erbitterter Gegner jeder politischen Beeinflussung der Literatur war, nicht wiedergewählt. Der neue Vorsitzende ist der parteilose Schriftsteller Jaroslaw IWASZKIEWICZ. Er ist zwar ein ebenfalls bekannter und fähiger Schriftsteller, aber ein schlimmer Opportunist, der schon unter den verschiedensten Regimen und Parteilinien geschrieben hat und es dabei immer vermeiden konnte, bei den jeweiligen Mächtigen anzuecken. Auch der aus der Stalinistenzeit arg belastete Leon KRUCZKOWSKI kam wieder in den Vorstand, aus dem er seit dem polnischen Oktober 1956 verbannt war. Jerzy PUTRAMENT, ebenfalls in der Zeit des Stalinismus sehr berüchtigt, fand einen neuen Posten im Vorstand, allerdings hat er einige Sympathien auch bei Antistalinisten, weil er in der Zeit des Oktober einige sehr scharfe Reden gegen den Terror des damaligen Regimes gehalten hatte. Man mußte aber auch Zugeständnisse an die nichtkommunistische Kreise machen und eine ganze Reihe von bekannten Schriftstellern in den Vorstand aufnehmen, die als Gegner einer Parteiregie in der Literatur bekannt sind. So u.a. den bisherigen Vorsitzenden SLONIMSKI, die Schriftstellerin Maria DABROWSKA und den Katholiken ZAWIEJSKI.

Der Kommentar der "Trybuna Ludu" zu diesem Wahlergebnis läßt den Rahmen sichtbar werden, in welchem die Partei den Schriftstellern eine gewisse Freiheit zu geben gewillt ist. Das Blatt meint, in dem alten, 1956 gewählten Vorstand seien nur Vertreter von Richtungen gewesen, die den "Sozialistischen Realismus ablehnten und zum Teil apolitisch gewesen seien. Nunmehr aber seien in den Vorstand auch konsequente Kommunisten gelangt, was eine logische Entwicklung sei.

"Trybuna Ludu" bestreitet sodann, daß die Partei den "Sozialistischen Realismus" als einzige Kunstrichtung allen Künstlern aufzwingen wolle.

Die Auswahl der künstlerischen Mittel sei ein Recht jedes Künstlers, allerdings behalte sich die Partei das Recht der politischen Einschätzung jedes Werkes vor. Auf jeden Fall seien alle Befürchtungen gegenstandslos, daß die Vereinigte Arbeiterpartei den "Ausschliesslichkeitsanspruch einer bestimmten Methode des künstlerischen Schaffens" erneut begründen wolle.

Dieses Prinzip erkannte auch der in der Stalinzeit als Kulturpabst bezeichnete Leon KRUCZKOWSKI an. Auf dem Kongreß erklärte er, daß es in Polen verschiedene Kunstrichtungen geben solle, man müsse aber alle Werke mit einem dem Regime entsprechenden "Ideengehalt" besonders fördern.

Um die Stellung KRUCZKOWSKIs bei den Schriftstellern zu festigen, besuchte GOMULKA demonstrativ die Uraufführung eines neuen Stückes dieses Autors, das streng auf Parteilinie liegt und im Sinne des "Sozialistischen Realismus" geschrieben ist. Es war der erste offizielle Theaterbesuch seit 1956.

II. Polen und das Ausland

In der Außenpolitik des letzten Quartals 1959 gab es keine hervorsteckenden Ereignisse. Polen versuchte betont, auf der aussenpolitischen Linie der UdSSR zu marschieren, und wenn man von einigen kleineren Äußerungen absieht, ist dies auch völlig gelungen.

Das Auftreten des sowjetischen Botschafters ABRASIMOW Anfang Oktober gab einige Verstimmung, weil auch GOMULKA dessen Einmischung in die polnische Kulturpolitik scharf ablehnte. Hinter den Kulissen muß man dann jedoch einen Ausgleich gefunden haben, im November wurde der Sowjetbotschafter nämlich demonstrativ eingeladen, auf Parteiversammlungen in der Provinz zu sprechen, wo er das gute polnisch-sowjetische Verhältnis lobte und die Nichteinmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten Polens betonte.

Zum Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution am 7. November brachte "Trybuna Ludu" einen Leitartikel, der von Edvard OCHAB geschrieben war. OCHAB betonte in seinem Artikel besonders jene Taten und Aussprüche LENINS, mit denen er gezeigt hatte, daß den nichtsowjetischen Völkern ein eigener Weg zum Sozialismus gestattet sein müsse. Er betonte, daß dieses Prinzip heute die Grundlage der polnisch-sowjetischen Freundschaft bilde.

Die Beauftragung OCHABs zu dieser Stellungnahme war im gewissen Sinne eine Demonstration, die zeigen sollte, daß einmal die Position dieses Mannes gestärkt ist, daß zum anderen aber Befürchtungen unbegründet seien, die Sowjet könnten die neue Machtfülle OCHABs übernehmen.

Zum Nationalfeiertag Jugoslawiens veröffentlichte die polnische Presse besonders herzlich gehaltene Grußadressen, in denen der Wunsch geäußert wurde, die Beziehungen beider Länder noch enger zu gestalten.

Auch dem Westen gegenüber demonstrierte Polens Regierung Aufgeschlossenheit, als sie dem amerikanischen Minister MUELLER einen warmen Empfang bereiten ließ, der nach Warschau gekommen war, um über Handelsfragen zu verhandeln.

Eine scharfe Agitation gegen "Chauvinismus und Revanchismus" dauerte im gesamten letzten Quartal des Jahres 1959 an. Diese Tendenzen, die von der Bundesrepublik aus gegen Polen vertreten würden, seien eine Gefährdung nicht nur des polnischen Staates, sondern auch des Weltfriedens, Ministerpräsident CYRANKIEWICZ gab dazu auf der Parlamentsitzung am 25. November eine Regierungserklärung.

1
erklärung ab, in der er die westdeutschen Revisionisten als "Ritter des Kalten Krieges" bezeichnete, die ihre ganze Arroganz aus der Konzeption des Bundeskanzlers ADENAUER ableiten würde. Der Ministerpräsident drückte die Befürchtung aus, daß die deutsche Sozialdemokratie dem Druck der ADENAUER-Regierung erliegen würde und sich dem Revanchismus der herrschenden Kreise der Bundesrepublik anschliesse. Würde das eintreten, so hätte die Sozialdemokratie dafür - wie das in der Geschichte schon mehrmals der Fall gewesen sei - teuer zu bezahlen. "Wozu so beharrlich bei alten Fehlern verbleiben?" - so fragte CYRANKIEWICZ am Schluß der Ausführungen, die sich mit der Haltung der SPD befassten.

Zu STALINs Geburtstag am 21. Dezember betonte Polen seinerseits das Prinzip der Nichteinmischung - so war wenigstens diese Demonstration gedacht - indem man keinerlei Stellungnahme zu STALIN bezog. Lediglich das Zentralorgan "Trybuna Ludu" druckte einen Tag nach seinem Erscheinen in der "Prawda" den offiziellen Sowjetkommentar zu diesem Ereignis, mehr als Informationsmaterial der Einstellung der UdSSR ab.